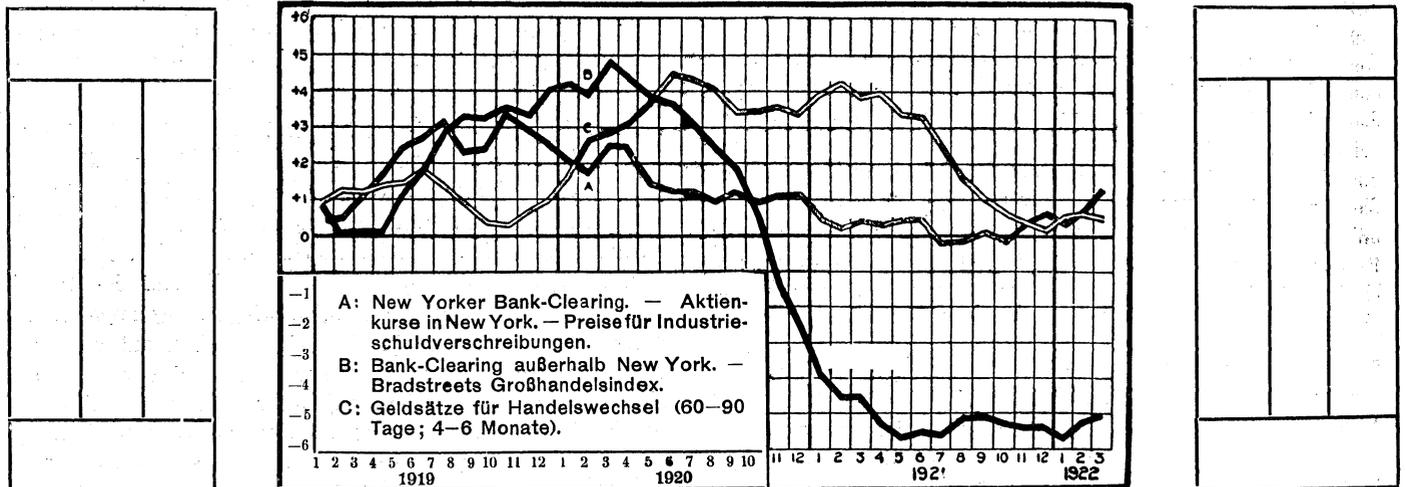


Zusammenfassend wäre über die bisherigen Veröffentlichung zu sagen: 1. Der Gedanke des „Wirtschaftsbarometers“ bietet den großen Vorteil, über die subjektiven Eindrücke der Geschäftswelt und der Praktiker hinaus einen objektiven Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zu gewinnen. Daraus, daß eine möglichst vielseitige Erfassung von Symptomen erfolgt, läßt sich über das gesamte Wirtschaftsleben weit eher ein gültiges Urteil abgeben, als wenn man es auf Grund einzelner Beobachtungen tut. Das subjektive Moment wird dadurch möglichst ausgeschaltet. 2. Die Zusammenfassung verschiedenartiger Reihen an einer Stelle und zu derselben Zeit gibt eine Gewähr für Objektivität. Es ist die einfachste und zweckmäßigste Beschreibung des Tatbestandes der Wirtschaftslage dadurch ermöglicht. 3. Andererseits wird man sich vor der Annahme hüten müssen, daß die Beschreibung selbst eine eindeutige sei und die verschiedenen Wirtschaftszweige gleichzeitig treffen müsse. Gerade der Ausgleich, der durch die Zusammenfassung verschiedener Reihen geschaffen wird, muß den Gang des einzelnen Geschäftszweiges verdunkeln. Bei dem amerikanischen Wirtschaftsbarometer finden wir beispielsweise als „ausgeglichene Index der gesamten industriellen Produktion“

gleichzeitig eine Vermehrung der erzeugten Warenmenge (Zeichen des Aufschwunges!) und eine Abnahme in der Arbeiterzahl (Zeichen des Abstieges!). Beides wird natürlicherweise eine nähere Erklärung finden; aber unmittelbar folgt nun für den Verlauf der Konjunktur aus dem entgegengesetzten Verhalten der beiden Reihen nicht allzu viel. Es fehlt gänzlich das Moment der Eindeutigkeit. 4. Die Erweiterung der objektiven Berichterstattung ist als bedeutsamer Fortschritt zu begrüßen. Vor zu weitgehender Hoffnung, dadurch eine zuverlässige oder auch nur wahrscheinliche Prognose zu erhalten, wird man indessen warnen müssen. Höchstens wird für kürzere Fristen eine gewisse Richtung wahrscheinlich gemacht. Es hängt das damit zusammen, daß man eben nur die Symptome erfaßt und nicht die Ursachen selbst trifft. 5. Als pädagogisches Mittel hingegen, darüber kann kein Zweifel sein, ist die zusammenfassende Berichterstattung, wie sie die verschiedenen Wirtschaftsbarometer geben, ganz ausgezeichnet. Sie verdient an den deutschen Hochschulen durchaus Anwendung zu finden. Es würde eine nicht zu ersetzende Erziehung zur Objektivität bedeuten und zugleich zu einer Vertiefung nach der theoretischen Seite anregen.¹⁾

Franz Eulenburg



Bemerkungen zur Lage

„Die Gefahr ist so hoch gestiegen, daß für den Augenblick alles Reden von Zukunftsgestaltung unterbrochen werden muß. Wir stehen am Lager eines todkranken Landes. Es handelt sich nicht um Zukunftspläne, sondern um die Katastrophe . . . Hunger, Not, Krankheit, Verwahrlosung heißt die Gefahr, und sie steht vor der Tür. Kein holländischer, schwedischer, dänischer Pump wird uns retten, und kein internationaler Kongreß der Geldleute. Es tagt in Berlin eine tönende Valutakommission, die alle Hausmittel aufzählt, anwendbare und unanwendbare. Das zentrale Problem hat sie nicht erfaßt: Wir verbrauchen mindestens das Anderthalbfache von dem, was wir erzeugen. . . In einem andern Lande würden bei solcher Gefahr sich alle denkenden und verantwortlichen Menschen zusammenschließen, alle Parteifragen und Prinzipienstreite beiseite lassen und nach dem Rechten sehen. Bei uns bleibt nach Abzug der Interessenten, der Berufspolitiker, der gelehrten Theoretiker und Individualfeuilletonisten niemand übrig, der Kraft, Einsicht und Willen hätte, in die rollenden Speichen zu greifen. Es kann geschehen, daß ein russischer Ansturm alles über den Haufen rennt. Das hängt nicht von uns ab. Es kann geschehen, daß unsere Gläubiger uns unter Sequester stellen. Es kann geschehen, daß eine bürgerlich-feudale Reaktion im Ein-

verständnis mit der Entente die Diktatur übernimmt. Vom Volke aus wird nichts geschehen. Wir haben vom Kriege nichts gelernt. Wir haben keinen Willen und kein Urteil. Deutschland ist blind.“

Diese Worte sind im Februar 1920 niedergeschrieben, fünfviertel Jahre nach dem Zusammenbruch, ebenso lange vor dem Beginn der Reparationszahlungen; am Ende der ersten Phase der Markentwertung, unmittelbar vor dem ersten Sichtbarwerden gegenrevolutionärer Experimente. Es ist Walther Rathenau, der sie geschrieben hat. Einige Wochen später sind sie in seiner letzten Schrift „Was wird werden?“ veröffentlicht worden. Es bezeichnet die Strenge des schicksalhaften Zwangs, unter dem die deutsche Staatsführung steht, daß Rathenau selber während der ganzen Dauer seiner amtlichen und halbamtlichen Tätigkeit für das Gemeinwesen nicht einen einzigen Schritt hat tun dürfen, der aus dem verhängnisvollen

¹⁾ Die Übersetzung der bisherigen Nummern ist in einem ganz furchtbaren Deutsch abgefaßt, das öfters den Sinn kaum erraten läßt. Hier ist eine Änderung dringend geboten, da wir den englischen Text wegen der Valuta kaum beziehen können. Das deutsche Barometer von Dr. Elsaß in Frankfurt a. M. nimmt sich ungemünzt dürftig aus und ist in seinen Erklärungen gänzlich unzureichend. Bei der Auswahl der Reihen fehlt die Kritik und die Erkenntnis der Zusammenhänge. Es wäre dringend zu wünschen, daß für die künftigen Hefte eine bessere deutsche Berichterstattung Platz griffe. — Auf eine Kritik der einzelnen Barometer kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden.

Zirkel herausgeführt hätte. Er mag in seinen Verhandlungen mit den Westmächten und auf den internationalen Konferenzen, deren Charakter und Verlauf er in seinen besten Flugschriften lange vor ihrer Verwirklichung mit grausam klarer Linienführung vorgezeichnet hat, dies oder jenes erreicht, dies oder jenes abgewendet haben: an die zentralen Probleme der deutschen Staats- und Wirtschaftsführung hat er nicht rühren dürfen. Die furchtbar harten Urteile, die er zwischen Waffenstillstand und Ministerschaft über die Regierungsweise und die Denkungsart des nach-revolutionären Deutschland gefällt hat, trafen ihn selber mit ungeminderter Schärfe in seiner Amtsführung, während deren er doch der leitende Mann nicht nur unserer Außenpolitik gewesen ist. Auch er hat die Stacheldrähte der Fraktionspolitik an keiner Stelle durchschneiden können; auch er hat die mechanische Politik des „Zeit gewonnen ist alles gewonnen“ mitmachen müssen; und er hat als Minister, in Reih und Glied mit den von ihm Gehörten, die Einsichten verleugnen müssen, aus denen sich ihm als Schriftsteller die einzig nötigen Forderungen des Tages ergeben hatten. Wenn dieser Hiatus zwischen Rede und Tun zum Teil der besonderen Artung Rathenaus zugeschrieben werden muß, dessen Enthusiasmen nach dem Urteil eines ausgezeichneten Menschenkenners ebenso leicht aufflammten wie erloschen, so darf in diesem Schicksal doch auch ein allgemeiner Wesenszug dieser Zeit nicht verkannt werden, die alles durch Denken, Reden und Schreiben meistern zu können glaubte und nun erfahren muß, daß die hellsten Einsichten am Gestein des Verhängnisses zerschellen.

So ist es gekommen, daß unter der Führung Rathenaus selber der zweite der düsteren drei Wege beschritten worden ist, vor denen er zwei Jahre früher in bitterem Aufbegehren gewarnt hat. Die deutsche Regierung hat ihre Finanzgebarung unter die Aufsicht der Entente stellen müssen. Es ist zwar festgelegt worden, daß die Kontrolle, deren Einsetzung im Frühjahr 1922 zugestanden worden ist und deren Einzelheiten nunmehr in Vereinbarungen deutscher Delegierter mit den Mitgliedern des Garantiausschusses der Reparationskommission festgelegt worden sind, die Schranken der „Wahrung der Souveränität des Reichs, Aufrechterhaltung des ungestörten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses“ einhalten soll. Doch darf das nicht über das wahre Gesicht der neuen Lage täuschen. Die deutsche Finanzverwaltung bleibt formell selbständig. Aber sie wird wie ein betrügerischer Schuldner behandelt. Zwei Vertreter des Garantiausschusses werden beim Reichsfinanzministerium besonders akkreditiert, nicht etwa um Auskünfte zu erlangen, sondern um die Legalität der deutschen Verwaltung zu prüfen. Ihr Verkehr bleibt nicht auf die zuständigen Staatssekretäre beschränkt, sondern diese werden verpflichtet, „diese Delegierten und ihre Vertreter mit den Abteilungsleitern in Verbindung zu setzen, deren Tätigkeit ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von Nutzen sein kann“. Die Delegierten sind vom Stand der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, von allen Ergänzungskrediten, gesetzgeberischen Entwürfen, Steuerveranschlagungen, Finanzverwaltungsbestimmungen und Ersparnisaktionen zu unterrichten. Unter den Maßnahmen, von denen ihnen Kenntnis gegeben werden muß, befinden sich nicht nur in Kraft gesetzte, sondern auch solche, „welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um das Funktionieren der Steuergesetze und des Rechnungswesens sicherzustellen“. Insbesondere aber haben die Delegierten oder ihre Vertreter die Aufgabe

„a) sich davon zu vergewissern, daß ohne besondere Genehmigung der zuständigen Stelle keine Zahlung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überschreitet,

„b) sich von dem jeweiligen Stande der Veranlagung, von der Richtigkeit der Verbuchung der rechnerischen Ergebnisse und von der Art der Aufstellung der Statistiken zu vergewissern,

„c) die Ursachen von Verzögerungen kennenzulernen, die bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern festgestellt werden,

„d) sich Rechenschaft zu geben über die Tätigkeit, welche von dem Veranlagungsdienst bei Anwendung der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsmaßnahmen ausgeübt und welche von den Steuerhebestellen bei Anwendung der gesetzlichen Verwaltungszwangsmaßnahmen entfaltet wird.“

Die Delegierten erhalten ferner das Recht, die Beamten des „beweglichen Nachprüfungsdienstes“, der der Zentralverwaltung angegliedert werden soll, auf ihren Inspektionsreisen zu begleiten und an Ort und Stelle Stichproben vorzunehmen (oder vornehmen zu lassen; der Text scheint hier nicht eindeutig); sie können mit Zustimmung des zuständigen Staatssekretärs Dienststellen bezeichnen, bei denen diese Stichproben stattfinden sollen.

Diese Maßnahmen bedeuten allerdings nicht die Ottomanisierung Deutschlands. Sie bedeuten viel Schlimmeres. Die Ottomanisierung, das heißt die Organisierung der Finanzverwaltung durch einen Gläubigerausschuß, ist eine technische Angelegenheit: sie pflegt in Ländern angewandt zu werden, die nicht imstande sind, eine zweckmäßige Verwaltung mit eigenen Kräften einzurichten und in Gang zu halten. Die Motive der Kontrollmaßnahmen des Garantiausschusses sind nicht technischer, sondern moralischer Natur: sie setzen voraus, daß dem Wort eines deutschen Ministers und überhaupt eines deutschen Beamten kein Vertrauen geschenkt werden darf und daß also von Zeit zu Zeit durch Stichproben festgestellt werden muß, ob sie nicht lügen.

Es ist für den, der nicht in die arcana rei publicae eingeweiht ist, schwer zu begreifen, welche Gründe die deutschen Delegierten und das Kabinett bestimmen konnten, eine solche Vereinbarung zu unterzeichnen. War die Einrichtung des Kontrolldienstes nicht abzuwenden, so wäre es würdiger gewesen, sich das Unvermeidliche oktroyieren zu lassen, statt es zum Gegenstand eines Abkommens zu machen, dessen Grundlage die Behauptung der Reparationsgläubiger von der allgemeinen Unzuverlässigkeit der Deutschen ist. Sind Fälle nachgewiesen worden, in denen deutsche Beamte falsche oder irreführende Auskünfte gegeben oder sich der Erteilung richtiger Auskünfte in den Weg gestellt haben, so darf man erwarten, daß diese Beamten ihres Amtes enthoben werden und daß die Öffentlichkeit von dieser Maßregel erfährt. Ist dies nicht der Fall, und wir müssen dies annehmen, bis nicht das Gegenteil bewiesen ist, so können nur die bekannten „diplomatischen“ Motive angeführt werden, die immer dann aufzutreten scheinen, wenn ein sachlicher Grund schwer anzugeben ist. Wenn aber solche diplomatischen Gründe wirklich zwingend waren, so muß ihr Gewicht ganz ungeheuer gewesen sein: denn sie müssen die schwere Kränkung des deutschen Namens aufwiegen, die sich in den Kontrollrechten des Garantiausschusses ausspricht.

Sich nur uns ausspricht? Es scheint Stellen in Deutschland zu geben, wo anders darüber gedacht wird. Eine Zuschrift über den Bericht des Garantiekomitees „von unterrichteter Seite“, an leitender Stelle in der „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ Nr. 157 vom 22. Juli abgedruckt, kommt nach einer Aufzählung der Kontrollbefugnisse des Ausschusses zu folgendem Ergebnis: „Man wird bei Würdigung dieses vorgesehenen Nachprüfungsapparates nicht ohne weiteres davon sprechen können, daß hier irgendwelche staatsrechtlich bedenklichen Erscheinungen vorliegen. Es handelt sich weder um eine über den gesetzgebenden

deutschen Körperschaften stehende Institution, noch um eine ihnen koordinierte Instanz, sondern man wird diesen sogenannten Kontrollapparat lediglich als ein Instrument der Reparationskommission ansehen müssen, das dazu berufen ist, der Reparationskommission praktische Hilfe bei der Ausführung der nur durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu leisten, nämlich die deutsche Finanzwirtschaft auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu prüfen.“

Wir können in dieser beschwichtigenden Sophistik nur den mißglückten Versuch sehen, das Unertragliche aus der Welt zu disputieren — als ob eine Ohreige ihren krankenden Charakter dadurch verlore, daß man von ihr als einer „sogenannten Ohreige“ spricht; und daß man sich klar macht, sie sei nichts anderes als ein ziemlich häufiges physikalisches Ereignis oder eben die Äußerung eines heftigen Temperaments.

Es ist hier nicht die Rede davon, ob die wirtsch. Politik der „Erfüllung“, genauer: die Politik des experimentellen Beweises der Unvertruglichkeit auch nur teilhafter Erfüllung mit den Lebensbedingungen der Weltwirtschaft, in ihrem Grundgedanken und in ihrer Verwirklichung richtig war: wir unterstellen sie hier als richtig, obwohl mit dem Berliner Korrespondenten des Londoner „Economist“ geirrt werden darf, ob die Reichsregierung nicht besser schon im November 1921 dar-

auf bestanden hätte, das Experiment als mißglückt zu erklären. Es handelt sich auch nicht um die Frage, ob die Verhängung der Kontrolle im Rahmen der so geführten Politik abzuwenden war: wir unterstellen sie hier als unabwendbar, obwohl wir schon früher darauf hingewiesen haben, daß die Kontrollforderungen der Entente ihre fiktive Rechtsgrundlage nur durch das Ungeschick gefunden haben, das unser Begehren nach Anwendung des Artikels 234 des Versailler Vertrags, das heißt nach Bemessung unserer Schuld nach unserer Leistungsfähigkeit, in die durchaus heterogene privatrechtliche Form der Bitte um ein Moratorium, das heißt den Aufschub einer zahlenmäßig feststehenden Geldzahlung, zu verwandeln erlaubt hat. Wir reden heute nur davon, daß das jetzt Unvermeidliche mit der Würde getan und geduldet werde, die dem Namen Deutschlands und seiner großen Toten gemäß ist. Ein geschlagenes Volk muß vieles zu tragen bereit sein. Wenn es aber die Bürde sich dadurch zu erleichtern glaubt, daß es den Sinn für Kränkung und Erniedrigung verliert und alles „nicht so schlimm findet“, was ihm sein bißchen Brot, Vergnügen und Paragrafen läßt, so verdient es das Urteil, das im Ausland seit acht Jahren umläuft: die Deutschen seien ohne Ehre.

Hamburg, Ende Juli 1922.

Kurt Singer

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Zur Wirtschaftslage in den letzten Wochen

Es genügt, einige wenige Zahlen zu nennen, um das ganze Maß der Verwirrung unserer Wirtschaftsverhältnisse darzulegen. Die Entwertungszahl der Mark, nach dem monatlichen Durchschnitt der Dollarnotierungen (Börse zu Berlin) gemessen, betrug im

1922 Januar .. 49,9	1922 März ... 61,7	1922 Mai..... 69,0
Februar 49,3	April ... 69,3	Juni..... 75,1
	1922 Juli ... 111,4	

Der Kurs des Dollars, der in der ersten Juniwoche zwischen 270 und 280 schwankte und sich während des Monats stetig langsam verschlechtert hatte, stieg in der Panikstimmung, die auf die Ermordung Rathenaus am 24. Juni folgte, ruckartig um etwa 80 Punkte auf 345 und 350 zum Monatsende. Die Entwicklung setzte sich im Juli fort: bis zum 6. war bereits der Stand von 455 erreicht, dann setzte eine neue Haussewelle ein, während der sich der Kurs drei Tage lang auf 523 bis 528 stellte. Die folgende Entspannung, die mit 439 am 15. des Monats einen vorläufigen Tiefpunkt brachte, war von kurzer Dauer. Nach langsamem Ansteigen wurde am 28. Juli der bisherige Höchstkurs durch die Notierung von 551 überschritten, es folgten die beiden letzten Börsentage mit den unglaublich erscheinenden Zahlen 606 (29. 7.) und 670 (31. 7.). Am 2. 8. abends wurden Kurse bis 840 \mathcal{M} genannt.

Es ist unnötig zu sagen, was dieser Sturz der Markvaluta für uns bedeutet. Die Auswirkungen werden für jeden einzelnen in aller Kürze, mehr oder weniger stark, mehr oder weniger plötzlich, fühlbar werden. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Entwicklung aus rein wirtschaftlichen Ursachen nur zum geringsten Teil erklärlich ist: die Hauptschuld liegt auf politischem Gebiet. Auch hat diesmal die Führung auf dem Gebiet der Devisenbewertung im Ausland gelegen; der deutsche Markt folgte im Juli — im Gegensatz zu der Entwicklung wenige Wochen vorher — den Anregungen der ausländischen Börsen. Die Mark ist zunächst im Ausland unverkäuflich geworden. Die Voraussagen aller Einsichtigen und Berufenen über die Folgen der bisherigen Repa-

rationspolitik sind in einem Umfang zur Erfüllung gekommen, der die völlige Unhaltbarkeit der bisherigen Verfahren eindeutig dartut. Die Logik der Dinge hat sich enthüllt. Es ist der längst vorausgesagte Zustand erreicht, wo die deutsche Volkswirtschaft, mit aller Anspannung arbeitend, in eine Art Leerlauf hineinkommt: es beginnt an den Mitteln zu fehlen. Zunächst wurde das auf dem Geld- und Kapitalmarkt klar. Wir stehen schon mitten in dem Prozeß, wo man genötigt ist, zu den verschiedensten Hilfsmitteln zu greifen, um den dringendsten Ausgaben gerecht zu werden. Die Erhöhung des Reichsbankdiskontes von 5 auf 6 v. H., nachdem der bisherige Stand seit Dezember 1914 unverändert geblieben war, in einem Europa, wo man in den letzten Monaten überall zu Zinsreduktionen geschritten ist, gibt dafür einen Beweis: es ist ein Vorgang, der über die unmittelbare und mittelbare Wirkung hinaus von symptomatischer Bedeutung ist. Gleichzeitig mit der Reichsbankrate wurde der Lombardzinsfuß um 1 v. H. erhöht. Wenige Tage vorher war das Leihgeschäft der Darlehnskassen erneut aufgenommen worden. — Der Gebrauch des Handelswechsels ist in steter Zunahme begriffen. — Die Aktienkurse der Börse sind, wie nach der Entwicklung der letzten Monate auch zu erwarten war, nicht entsprechend der Auslandsbewertung der Mark in die Höhe gegangen — inwieweit sie sich der allgemeinen Verteuerung im Inland anpassen, kann erst dann gesagt werden, wenn vergleichbare Feststellungen über diese Teuerung vorliegen. Sicherlich fehlt es der Spekulation an Mitteln. Aber andererseits ist auch die Einsicht allgemein geworden, daß die Gewinnaussichten der Erwerbsgesellschaften mit zunehmender Teuerung ebenfalls, gemessen an einer „goldwertigen“ Auslandswährung, schlechter und schlechter werden. Die Bestrebungen, sich durch eine klare Bilanzierung vor Scheingewinnen sicherzustellen, dringen immer mehr in die beteiligten Kreise ein. Über kurz oder lang wird der Staat entsprechende Maßnahmen zu erwägen haben. Dem Reichswirtschaftsrat liegt bereits ein von Prof. Schmalenbach ausgearbeiteter Gesetzentwurf vor, der die Bilan-